

E. arbeitet sich systematisch von innen nach außen vor, d.h. von der innerpolnischen Veteranenfrage hin zu ihrer gesamteuropäischen bzw. internationalen Dimension, und beobachtet dabei das „Wechselspiel zwischen dem nationalen Narrativ der Kriegserinnerung und der Ausbildung einer Identität als Weltkriegsveteran“ (S. 1 f.). Das Identitätselement „Weltkriegskämpfer“ trat neben nationale, ethnische, religiöse und dergleichen Zuschreibungen, und beide Organisationen suchten dies durch spezifische äußere Manifestationen (Mitgliedsausweise, Flaggen, Zeremonien) zu befördern. Das Leitmotiv der Interdependenz von nationalem, innerpolnischem Diskurs und entsprechenden Vorgängen außerhalb der polnischen Grenzen dominiert auch die beiden Kapitel zur Versorgung der Veteranen und zu deren Einsatz gegen einen neuen Krieg. Dabei bleibt insgesamt trotz der von E. nachgewiesenen prominenten polnischen Beteiligung an internationalen Verbandsaktivitäten ein wenig der Eindruck haften, dass der Ideentransfer tendenziell eher vom Ausland nach Polen erfolgt sei als umgekehrt. Der Umstand, dass im Grunde alle Strukturen erst noch aufgebaut werden mussten und die verfügbaren finanziellen Mittel sehr limitiert waren, dürfte dies erklären; selbst der formelle Beitritt der ersten polnischen Veteranenverbände zur FIDAC erfolgte erst um die Mitte der 1920er Jahre.

Die beiden anderen Säulen, auf denen E.s Arbeit ruht, sind im Vergleich zur ersten etwas geringeren Umfangs, aber dessen ungeachtet hochinteressante Detailstudien dazu, wie die organisierten Veteranen auf die Sozialpolitik des polnischen Staates Einfluss nahmen und wie sie sich international bemühten, unter Verweis auf die eigene Kriegserfahrung den Frieden in Europa zu erhalten. Im Sinne ihres transnationalen Ansatzes kann die Autorin differenziert zeigen, wie sich politische Unterstützung für eine staatliche Unterstützung der Veteranen mobilisieren ließ, indem in Parlament und Öffentlichkeit ausländische Vergleichsmaßstäbe herangezogen und darüber Druck ausgeübt wurde.

Schließlich tritt E. mit ihren Ausführungen zu den pazifistischen Bestrebungen der Veteranen der verbreiteten Wahrnehmung entgegen, der Weltkrieg habe zwangsläufig alle Beteiligten brutalisiert und damit den nächsten Krieg gleichsam vorprogrammiert. Ihre Analyse gegenläufiger Strömungen, die freilich in Polen wie in anderen europäischen Ländern der Zwischenkriegszeit angesichts neuer internationaler Spannungen und der damit einhergehenden Aufrüstung bald auf wachsenden Widerstand stieß, ist schon deshalb bemerkenswert, weil pazifistische Ideen im polnischen Kontext bislang eher als Randphänomene wahrgenommen worden sind.

Es gibt wenig auszusetzen an dieser Arbeit, die mit ihrem gut gewählten Thema anhand eines überschaubaren, aber verstreuten Quellenfundus einen wirklich neuen Aspekt der Zwischenkriegsgeschichte Polens aufgetan hat und ihren methodischen Ansatz derart überzeugend verfolgt.

München

Pascal Trees

Cornelius Gröschel: Zwischen Antisemitismus und Modernisierungspolitik. Die Bedrohung des jüdischen Wirtschaftslebens in der Zweiten Polnischen Republik (1918-1939). Tectum, Marburg 2010. 476 S. ISBN 978-3-8288-2315-0. (€ 30,-)

In der ersten Ausgabe der Zeitschrift *Polin* von 1986 kritisierte der polnische Historiker Jerzy Tomaszewski, dass viele außerhalb Polens entstandene Arbeiten zur Geschichte der polnischen Juden in der Zwischenkriegszeit sich auf die Frage beschränkten: „Was war gut für die Juden?“¹ Eine Kritik, die auch Cornelius Gröschel, Autor des hier vorzustell-

¹ JERZY TOMASZEWSKI: Some Methodological Problems of the Study of Jewish History in Poland between the Two World Wars, in: *Polin. Studies in Polish Jewry* 1 (1986), S. 163-175, hier S. 165.

den Bandes aufgreift (S. 22 f.). In seiner Studie über die Rolle des Antisemitismus in der Wirtschaftspolitik Polens in den Jahren von 1918 bis 1939 – einer Frage die schon von den Zeitgenossen kontrovers diskutiert wurde – will der Autor daher „das Spannungsfeld zwischen ideologischen, wirtschaftlichen, modernisierungspolitischen und politiktaktischen Zielen der Akteure [...] vielfach ausloten“ (S. 20). Dazu betrachtet der Vf. die Problematik unter drei Gesichtspunkten, an denen sich die Kapitelaufteilung orientiert: dem antijüdischen Wirtschaftskampf in der Propaganda, der alltäglichen wirtschaftlichen Bedrohung durch gesellschaftliche Initiativen sowie der Benachteiligung von staatlicher Seite. Ergänzt wird dies durch ein einführendes Kapitel zum Antisemitismus der allpolnischen Bewegung vor dem Ersten Weltkrieg. Als Quellenbasis nutzt er neben einer Vielzahl von zeitgenössischer Literatur, Flugschriften und Presse auch Dokumente staatlicher und gesellschaftlicher Institutionen aus Warschauer und Lemberger Archiven. Von dort beziehungsweise aus der Region Ostgalizien stammen auch viele der verwendeten Beispiele.

Nach einer knappen historischen Einführung analysiert G. im zweiten Kapitel die Propaganda im antijüdischen Wirtschaftskampf, wobei er zunächst die hier aktiven politischen Lager und die genutzten Medien grob charakterisiert. Anschließend untersucht er in mehr als einem Dutzend Unterkapiteln einzelne Themen, Akteure und Forderungen in der gegen Juden gerichteten Wirtschaftskampfpropaganda. Zu den hier aufgegriffenen Aspekten gehören: die obligatorische Sonntagsruhe, der Numerus clausus für jüdische Studenten, der Boykott jüdischer Geschäfte und die Debatte darüber, wie dieser durchgesetzt werden sollte – ob also Wirtschaftspolitik zur „Entjudung“ Polens eingesetzt werden sollte – und wie sich die Sozialisten zum Thema „Wirtschaftspolitik und Juden“ verhielten. Durch diese Form der Darstellung verwischt G. jedoch die Grenzen zwischen den politischen Lagern. Zwar argumentierten die meisten analysierten Texte – wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung – antijüdisch, wie der Vf. aufzeigt. Wenn er dann aber sogar bei ausgewiesenen Fürsprechern einer Gleichberechtigung der Juden wie dem Liberalen Jan Baudouin de Courtenay (S. 85 f.) oder dem Sozialisten Tadeusz Hołowko (u.a. S. 83, 105 f.) eine antisemitische Tendenz ausmacht, nivelliert er damit auch die deutlich wahrnehmbaren Unterschiede zwischen den einzelnen Lagern.

Während der Untersuchungsgegenstand bisher nur aus der Perspektive der Propaganda beleuchtet wurde, befassen sich die folgenden beiden Kapitel mit der realen wirtschaftlichen und politischen Situation der Juden. Zunächst untersucht der Vf. dabei gesellschaftliche Initiativen, die zu einer wirtschaftlichen Bedrohung oder Benachteiligung von Juden beitrugen bzw. darauf hinarbeiteten, namentlich die Boykottbewegung, aber auch Institutionen wie die Genossenschaften, Berufsverbände und politisch ausgerichtete Wirtschaftsorganisationen. Die Boykottbewegung richtete sich explizit – mit der Aufforderung, nicht bei Juden zu kaufen – oder implizit – mit der Aufforderung, bei christlichen Polen zu kaufen – gegen jüdische Händler und Handwerker. So gab es, wie G. detailliert aufzeigt, eine große Bandbreite, die von Werbung für christliche Händler über Stigmatisierung jüdischer Händler bis hin zum öffentlichen Anprangern der Kunden jüdischer Geschäfte reichte. Die Boykottkampagnen selbst wurden jedoch oft nicht von der christlichen Konkurrenz, sondern von nationalistischen Studentenorganisationen initiiert und nahmen deshalb ihren Anfang vielfach in Universitätsstädten. Die Genossenschaften wiederum hatten nicht zwangsläufig einen antisemitischen Impetus. Sie waren aber in Feldern aktiv, die – wie Handel und Zwischenhandel oder Geldverleih – von jüdischen Akteuren dominiert wurden. Überwiegend entlang ethnischer Trennlinien gegründet, hatten gerade polnische Genossenschaften nicht selten das Ziel, ihren jeweiligen Tätigkeitssektor zu polonisieren. Am Beispiel etwa von Anwalts- und Ärztenverbänden zeigt der Vf., wie christliche Polen versuchten, die zahlenmäßig starke jüdische Konkurrenz mit antisemitisch motivierter Lobbytätigkeit auszuboosten.

Im letzten Kapitel stellt der Vf. die Politik des Staates gegenüber seinen jüdischen Bürgern dar und zeigt auf, wie jüdische – und auch ukrainische – Beamte vor allem in Galizien gezielt aus dem Amt gedrängt wurden. Positionen im Staatsdienst wurden nach der

Gründung Polens von wenigen Ausnahmen abgesehen an römisch-katholische Polen vergeben. Staatliche Aufträge wurden zudem – vor allem in der zweiten Hälfte der 1930er Jahre – an Firmen vergeben, die von christlichen Polen geführt wurden, und auch der Hochschulzugang für Juden wurde – zwar von den autonomen Universitäten, aber mit staatlicher Duldung – beschränkt, was die Karrierechancen von Juden weiter einschränkte.

In seiner Zusammenfassung zieht der Vf. das Fazit, dass in der Zweiten Republik eine nationale Modernisierung ohne bzw. auf Kosten der ethnischen Minderheiten stattgefunden habe. Dies ist – abgesehen von einem knapp sechs Seiten zählenden Unterkapitel über verordnete Modernisierung als existenzielle Bedrohung – leider die einzige Stelle, wo sich die im Titel prominent platzierte Modernisierungspolitik in der Arbeit wiederfindet.

Obwohl G. eine detailreiche und auf breiter Quellenbasis erstellte Arbeit vorlegt, die an vielen Stellen neue Erkenntnisse zu Tage fördert, ist die Studie im Ganzen dennoch problematisch. Ihr wohl schwerwiegendster konzeptioneller Fehler liegt im Zugriff vom Antisemitismus her, auf dessen Nachweis sich der Vf. konzentriert. Dies führt nicht nur dazu, dass er diesen dann auch überall findet – sogar, wie oben angeführt, bei Hołówko und Baudoin de Courtenay –, sondern auch dahin, dass andere Erklärungsansätze für wirtschaftliche Benachteiligungen von Juden nur selten verfolgt werden. Und selbst da, wo der Vf. beispielsweise feststellt, dass die Steuerpolitik kleine Selbstständige jeglicher Konfession und Nationalität übermäßig belastete, finden sich die diesbezüglichen Ausführungen in einem Kapitel über die wirtschaftliche Benachteiligung und Bedrohung der Juden.

Erschwerend hinzu kommt ein Antisemitismusbegriff, der derart weit gefasst ist, dass er in die Beliebigkeit abdriftet. Zwar mag es für die einzelnen Betroffenen keinen Unterschied gemacht haben, ob sie als Juden oder „nur“ als Angehörige einer von vielen nationalen Minderheiten benachteiligt wurden. Für Analyse, Verständnis und Bewertung der polnischen Politik gegenüber Juden und anderen Minderheiten spielt es jedoch durchaus eine Rolle. So ist es insbesondere bei der Vergabe von Stellen im Staatsdienst fraglich, ob Juden hier aus antisemitischer Motivation diskriminiert wurden oder weil sie – wie auch Ukrainer, Weißrussen und Deutsche – keine römisch-katholischen Polen waren.

Letztlich ist es zu bedauern, dass der Vf. statt des Antisemitismus nicht die jüdische Minderheit in den Vordergrund seiner Studie gerückt hat. Dies wäre auf Grundlage des präsentierten Materials ohne weiteres möglich gewesen und hätte vermutlich zu einer wesentlich differenzierteren Darstellung geführt. Vor allem aber hätte es die zahlreichen neuen Erkenntnisse zur polnisch-jüdischen Wirtschafts- und Gesellschaftsgeschichte, die sich im vorliegenden Band finden, besser zur Geltung kommen lassen. Somit trifft die eingangs erwähnte Kritik Tomaszewskis auf die vorliegende Arbeit leider voll und ganz zu.

Leipzig

Stephan Stach

Eszter B. Gantner: Budapest – Berlin. Die Koordinaten einer Emigration 1919-1933. (Pallas Athene, Bd. 39.) Steiner. Stuttgart 2011. 264 S. ISBN 978-3-515-09920-2. (€ 45,-)

Die nun auch als Buch erschienene Dissertation von Eszter B. Gantner entstand unter der Betreuung von Rüdiger vom Bruch und Michael Brenner. Gegenstand sind jene zumeist ungarisch-jüdischen Intellektuellen, die in den ersten Jahrzehnten des 20. Jh. maßgeblich zur geistig-kulturellen Entwicklung Ungarns beigetragen haben. G. will Schicksale von Intellektuellen in der Emigration sowie ihre Schaffungsmöglichkeiten in Wien und Berlin beleuchten. In der Einleitung formuliert die Autorin ihre Zielsetzung folgendermaßen: „[Es] stellt sich die Frage, ob und auf welche Weise sie fähig waren, ihr Schaffen – auf welche Art auch immer –, das ihre Existenz als Intellektuelle charakterisierte, in der Fremde weiterzuführen oder auszuüben.“ Diese Frage stelle sich auch, „weil die untersuchten Intellektuellen – die nach der Räterepublik aus Ungarn emigrierten – auch während ihrer Emigration schaffend blieben“ (S. 11) Außerdem möchte G. klären, ob die weitverbreitete Annahme tatsächlich zutrifft, wonach die politische Linke zumeist aus jüdischen Intellektuellen bestand und ob sie bei der Gründung fortschrittlicher Gesellschaften in den vor-